BÖCKLER
IMPULS

18/2026 19. NOVEMBER

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

3 **Weihnachtsgeld** Das Extra mit Tarif
4 **Grundsicherung** Arbeiten zahlt sich aus
5 **Einkommenssteuer** Kaum Spielraum für Entlastungen
6 **Ungleichheit** Status statt Sparbuch
7 **Euro** Autonomie statt Führungsrolle

VERTEILUNG

Öfter sehr arm

Die Einkommensungleichheit ist seit 1992 stark gestiegen. Ein Grund: Die Umverteilung durch den Sozialstaat hat nachgelassen.

Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Deutschland befindet sich nach den aktuellsten Daten auf dem zweithöchsten Niveau seit 1992. Die Quote der Haushalte, die in Armut leben, liegt ebenfalls nah am Höchststand der vergangenen Jahrzehnte. Gegenüber 1992 hat sie um 45 Prozent zugenommen. Der Anteil der sehr Armen ist sogar um 76 Prozent gestiegen. Parallel dazu ist die untere Mittelschicht deutlich geschrumpft.

Dagegen ist die Spreizung bei den Stundenlöhnen seit Mitte der 2010er-Jahre zurückgegangen, weil der gesetzliche Mindestlohn eine Untergrenze eingezogen hat. Ein wichtiger Grund für die unterschiedlichen Entwicklungen bei Einkommens- und Lohnungleichheit ist, dass die Umverteilung durch Steuern und Sozialtransfers in der letzten Dekade abgenommen hat. Hinzu kommt der über die Zeit gestiegene Anteil an Teilzeitbeschäftigung, oft als Folge unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des WSI.

Auf der anderen Seite der Einkommensverteilung ist der Anteil der Haushalte, die als „einkommensreich“ gelten, im Zeitverlauf recht stabil. Ihre Einkommen sind aber viel stärker gewachsen als im Rest der Bevölkerung. Insbesondere der Anteil der „sehr Einkommensreichen“ hat spürbar zugenommen, was die gesamtgesellschaftliche Einkommensungleichheit zusätzlich vergrößert hat.

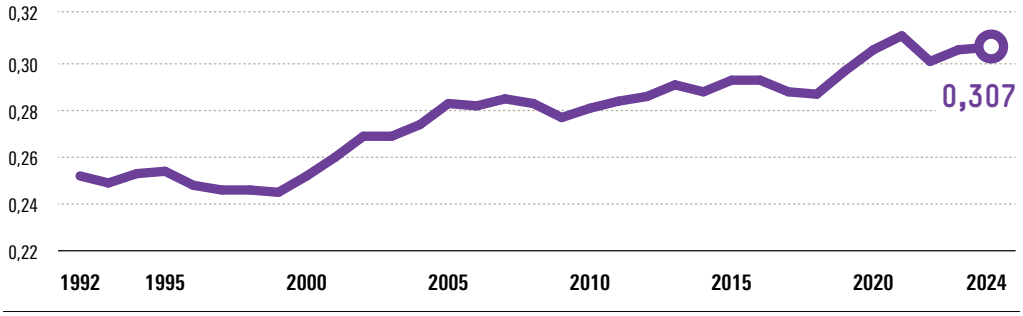
Dorothee Spannagel und Claus Schäfer, die die Studie verfasst haben, erkennen in den Befunden das „Bild einer zunehmend polarisierten Gesellschaft“. Dabei ist die noch deutlich größere Ungleichheit der Vermögen in Deutschland noch gar nicht berücksichtigt, betonen die Forschenden.

„Der neue WSI-Verteilungsbericht zeigt einerseits, dass es wichtig und möglich ist, die Schere bei den Arbeitslöhnen nicht immer weiter aufgehen zu lassen. Dabei hat die Erhöhung des Mindestlohns eine wichtige Rolle gespielt. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Sicherung von guten Löhnen und damit die Stabilisierung der mittleren Einkommensschichten wäre die Stärkung der Tarifbindung“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI.

„Gleichzeitig haben wir auch in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit eine Zunahme und Vertiefung von Armut und ein Wachstum von Einkommensungleichheit beobachtet. Das ist die Schattenseite der Entwicklung und zeigt, dass bestimmte Einkommensgruppen von den skizzierten positiven Entwicklungen nicht profitieren. Dies liegt unter anderem daran, dass die Umverteilungswirkung des Sozialstaats nachgelassen hat. > > >

Steigende Ungleichheit

So hat sich die Ungleichheit der Einkommen, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten*, entwickelt …



*Der Gini-Koeffizient würde bei perfekter Gleichverteilung den Wert 0 annehmen. Würden alle Einkommen einem einzigen Haushalt zufließen, wäre der Wert 1. Quelle: WSI 2026

Hans Böckler Stiftung

Wenn die aktuellen Kürzungsdebatten wirklich zu weiterem Sozialabbau führen, wird das die Ungleichheit weiter verschärfen“, warnt die Soziologin.

Für die Studie haben Spannagel und Schäfer die gerade erst für Forschende zugänglich gemachten neuesten Daten des Sozio-oekonomischen Panels ausgewertet, die bis ins Jahr 2024 reichen. Die repräsentative Wiederholungsbefragung stützt sich auf Angaben von 23 000 Personen in 17 000 deutschen Haushalten. Weitere Daten stammen von der OECD.

„Armut hat sich vertieft, die untere Mitte ist unter Druck geraten, Reichtum konzentriert sich zunehmend an der Spitze“, lautet das Fazit von Spannagel und Schäfer. Diese Entwicklung sei sowohl ökonomisch als auch politisch hoch problematisch. Ökonomisch, weil Haushalte am oberen Ende der Verteilung zusätzliches Einkommen eher sparten, während Haushalte mit niedrigen Einkommen zusätzliche finanzielle Spielräume für den Konsum nutzten. „Höhere Transferleistungen oder höhere Erwerbseinkommen stärken daher unmittelbar die Binnennachfrage“ – die aktuell schwach bleibe. Politisch, weil Zweifel an der fairen Verteilung von gesellschaftlichem Wohlstand und materieller Teilhabe das Vertrauen in die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter schwächten. Das gelte insbesondere bei Angehörigen der unteren Mittelschicht, die noch stärker als arme Menschen das Gefühl hätten, etwas zu verlieren. Die Forschenden verweisen auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und zitieren: „Die vom Abstieg Bedrohten werden dann in Krisenzeiten politisch aktiv, um den eigenen Status zu verteidigen.“

Laut Spannagel und Schäfer sind drei Maßnahmenkomplexe dazu geeignet, wachsender Ungleichheit, Armut und politischer Polarisierung entgegenzuwirken.

Gute Erwerbsarbeit stärken: Sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigung ist nach ihrer Analyse ein zentraler Baustein, um Lohnungleichheiten zu begrenzen und Erwerbseinkommen abzusichern. Der seit Jahren sinkenden Tarifbindung könne unter anderem durch mehr allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge entgegengewirkt werden. Zudem könnten weitere „soziale Komponenten“ bei Tariferhöhungen die Ungleichheit eindämmen. Um Niedriglohnbeschäftigung weiter zurückzudrängen und Arbeitsverhältnisse am unteren Rand der Lohnverteilung existenzsichernd zu gestalten, solle der Mindestlohn am europäischen Referenzwert von 60 Prozent des Brutto-Median-Stundenlohns von Vollzeitbeschäftigten ausgerichtet werden.

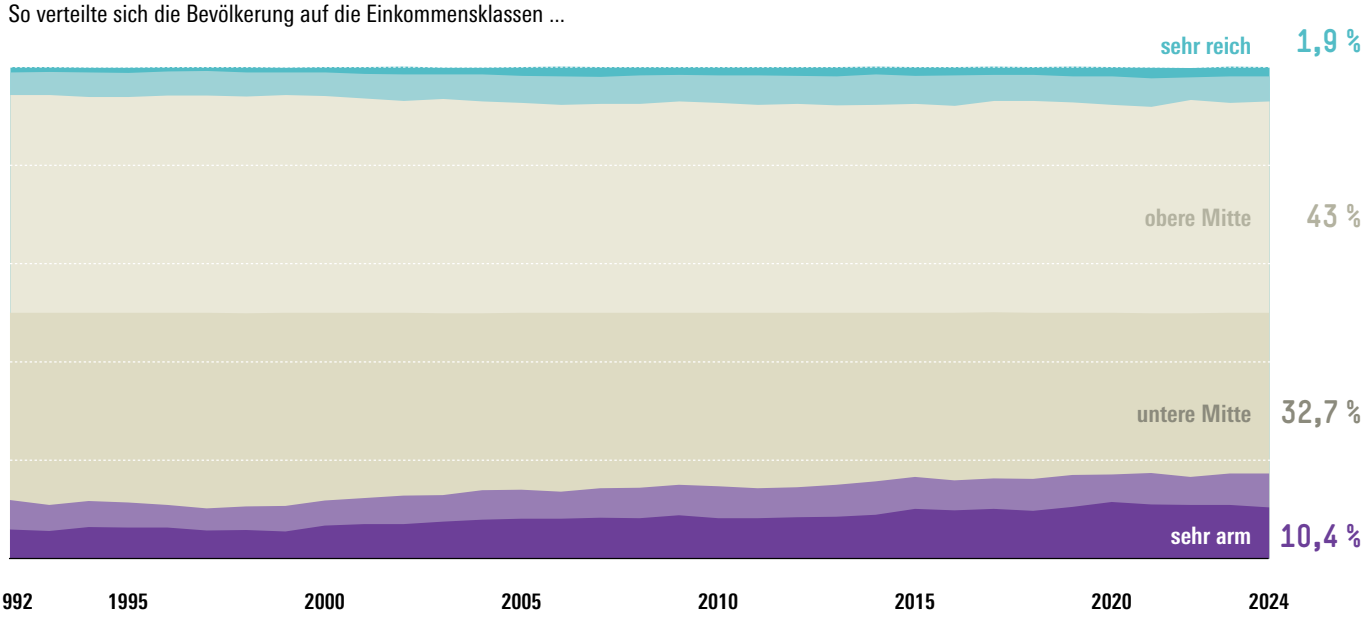
Erwerbsumfang von Haushalten erhöhen: Dafür ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich, so Spannagel und Schäfer. Nötig seien der Ausbau einer verlässlichen und möglichst kostenfreien Kinderbetreuung sowie die flächendeckende Umsetzung einer verlässlichen Ganztagsschulbetreuung, zumindest in Grundschulen. Ebenso wichtig seien flexible Arbeitszeitmodelle, bei denen Arbeitgeber die Arbeitszeitbedürfnisse von Familien stärker berücksichtigen.

Angemessene Transferleistungen sicherstellen: Wo Erwerbseinkommen nicht ausreichen oder Erwerbstätigkeit nicht möglich ist – etwa bei Menschen im Rentenalter –, komme dem Sozialstaat eine zentrale Rolle dabei zu, Armut zu bekämpfen und ihre Vertiefung zu verhindern. Neben einem höheren gesetzlichen Rentenniveau sei es wichtig, die Grundsicherung deutlich anzuheben. Auch die Einführung einer Kindergrundsicherung, so politisch unwahrscheinlich das derzeit erscheinen möge, wäre hier eine wirksame Maßnahme. <

Quelle: Dorothee Spannagel, Claus Schäfer:
Ungleiches Deutschland: Löhne und Einkommen seit 1992.
WSI-Verteilungsbericht 2026, WSI Report Nr. 117, November 2026 **Link zur Studie**

Armut steigt, Reichtum auch

So verteilte sich die Bevölkerung auf die Einkommensklassen …



Sehr arm sind Personen in Haushalten mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens, sehr reich solche mit mehr als dem Dreifachen des mittleren Einkommens.
Quelle: WSI 2026

Hans Böckler Stiftung

Das Extra mit Tarif

Etwa die Hälfte der Beschäftigten bekommt Weihnachtsgeld. Beschäftigte mit Tarifvertrag sind deutlich im Vorteil.

Bei wieder anziehenden Preisen ist das Weihnachtsgeld ein besonders willkommenes Extra auf dem Gehaltszettel. Allerdings erhält nur gut die Hälfte der Beschäftigten die Sonderzahlung. Ein Anspruch darauf besteht nur, wenn dies die eingeübte betriebliche Praxis ist, der Arbeitsvertrag die Sonderzahlung vorsieht oder – was weitaus häufiger der Fall ist – ein Tarifvertrag eine entsprechende Regelung enthält. 78 Prozent der Beschäftigten mit Tarifvertrag bekommen Weihnachtsgeld, verglichen mit nur 42 Prozent in Betrieben ohne Tarifvertrag. Das geht aus einer Umfrage des Internetportals Lohnspiegel.de hervor, das vom WSI betrieben wird. An der Umfrage haben rund 36 000 Beschäftigte teilgenommen. Sie ist nicht repräsentativ, erlaubt aber aufgrund der hohen Fallzahlen detaillierte Einblicke.

Auch zwischen anderen Gruppen gibt es Unterschiede: So erhalten Männer mit 54 Prozent etwas häufiger Weihnachtsgeld als Frauen mit 49 Prozent und Beschäftigte in Westdeutschland haben mit 54 Prozent bessere Aussichten als jene in Ostdeutschland mit 41 Prozent. Auch mit einem unbefristeten Vertrag sind die Chancen auf Weihnachtsgeld etwas höher als mit einer befristeten Anstellung, ebenso bei Vollzeit im Vergleich zu Teilzeit. Diese Unterschiede sind aber vergleichsweise gering, sodass die Tarifbindung der entscheidende Faktor bleibt – ein Befund, der seit Jahren stabil ist. „Zu Weihnachten wird der Vorteil von Tarifverträgen für die Beschäftigten besonders sichtbar“, sagt Malte Lübker, Gehaltsexperte am WSI. „Aber in der Regel sind auch die Grundgehälter in tarifgebundenen Betrieben höher. Tarifverträge machen sich also das ganze Jahr über bezahlt und nicht nur zu Weihnachten.“

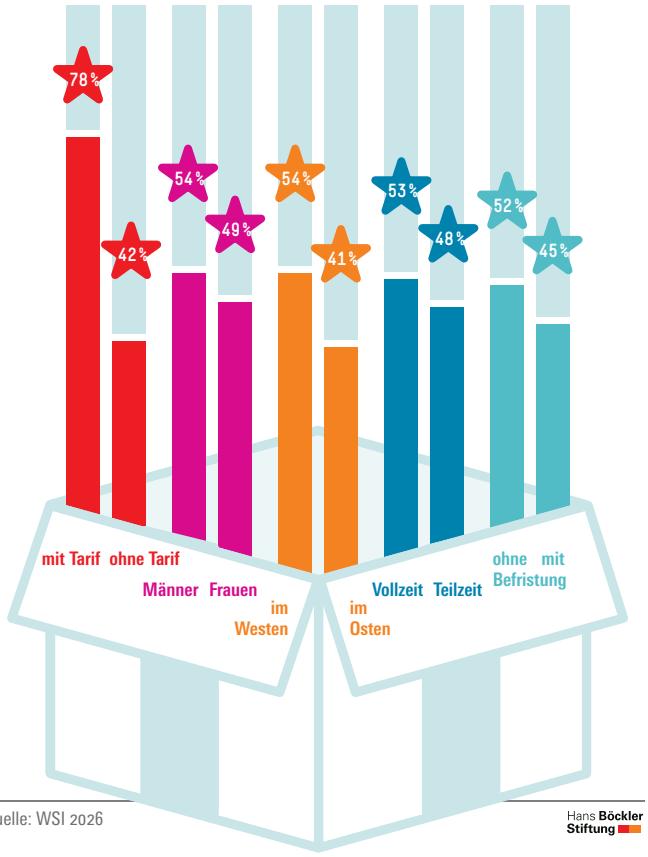
Je nach Branche variiert das tarifvertraglich vereinbarte Weihnachtsgeld erheblich: Die höchste Sonderzahlung wird in der Druckindustrie überwiesen, wo sich Angestellte in der mittleren Entgeltgruppe im Tarifbereich Schleswig-Holstein/Hamburg über 5366 Euro freuen können. Dort wurden – wie zuvor schon im öffentlichen Dienst – das traditionelle Weihnachts- und das Urlaubsgeld zu einer einheitlichen Jahressonderzahlung zusammengefasst, die zum Jahresende fällig wird. Besonders hoch ist das Weihnachtsgeld mit 4235 Euro auch in der chemischen Industrie Nordrhein, der Energieversorgung Nordrhein-Westfalen mit 4231 Euro und der Süßwarenindustrie Baden-Württemberg mit 4013 Euro.

Im Regelfall wird das tarifliche Weihnachtsgeld als fester Prozentsatz vom Monatsentgelt berechnet. Es steigt automatisch, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber einen neuen Entgelttarifvertrag abschließen. So ist das Weihnachtsgeld gegenüber dem Vorjahr im Zuge der jüngsten Tarifabschlüsse in der Textilindustrie Ost um 10,3 Prozent gestiegen, im Bauhauptgewerbe Ost um 5 Prozent und im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen um 4 Prozent. Im öffentlichen Dienst erhalten Beschäftigte der Kommunen im Vergleich zum vergangenen Jahr eine um 3,4 Prozent höhere Jahressonderzahlung.

Weihnachtsgeld in Höhe eines vollen Monatsentgelts erhalten die Beschäftigten in der chemischen Industrie, Teilen der Energiewirtschaft, der Süßwarenindustrie, bei der Deutschen Bahn AG, im privaten Bankgewerbe sowie in einzelnen westdeutschen Tarifregionen der Textilindustrie und dem privaten Transport- und Verkehrsgewerbe. In der Eisen- und Stahlindustrie werden sogar 110 Prozent gezahlt, wobei hier Weihnachts- und Urlaubsgeld zu einer Jahressonderzahlung zusammengelegt wurden. Im öffentlichen Dienst beträgt die Jahressonderzahlung bei den kommunalen Arbeitgebern, die für die Auswertung berücksichtigt wurden, 85 Prozent des Monatsentgeltes. <

Schöne Bescherung

Weihnachtsgeld erhalten von den Beschäftigten …



Quelle: WSI 2026

Hans Böckler Stiftung

Weitere Informationen unter:
www.lohnspiegel.de

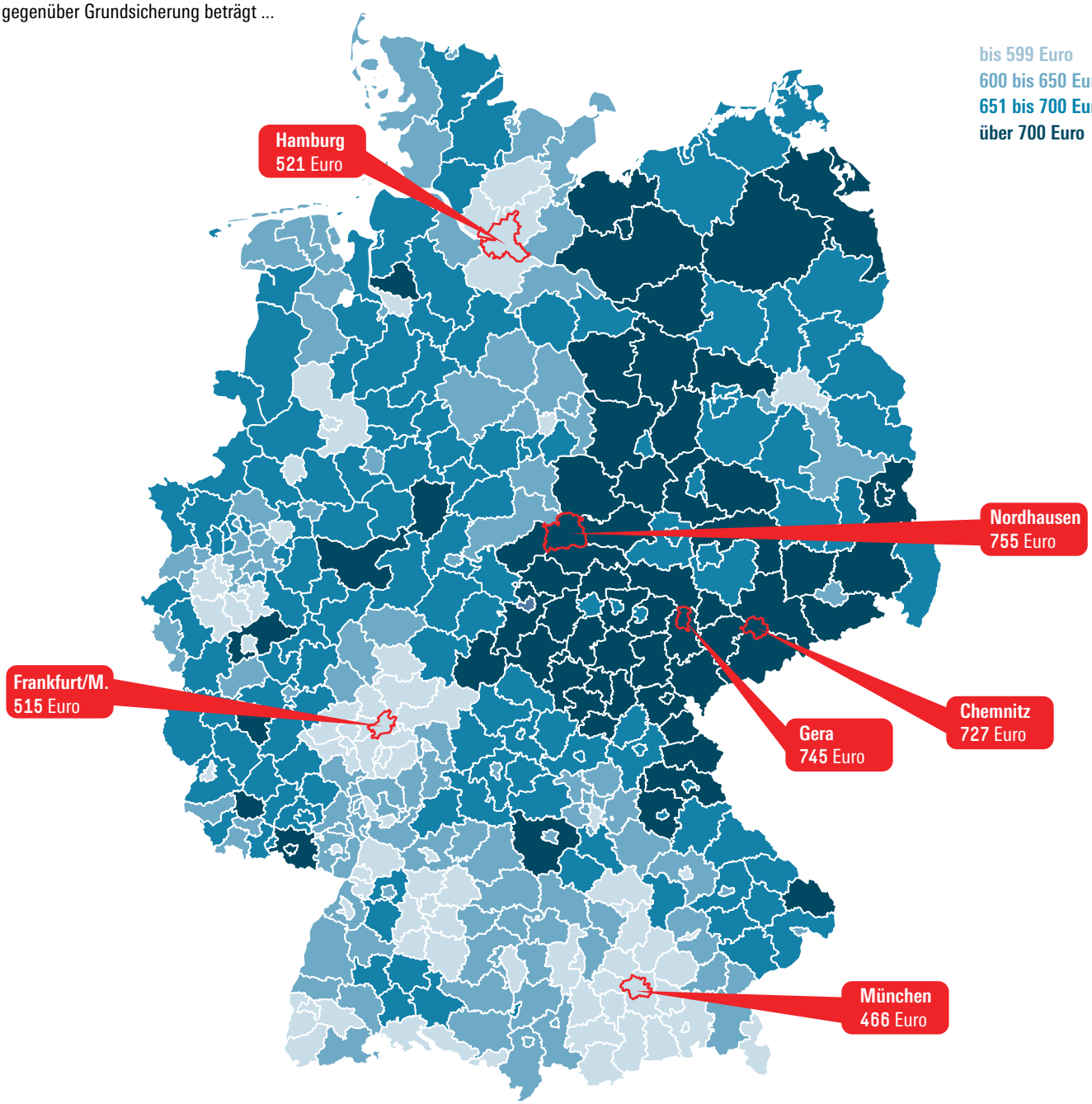
Arbeiten zahlt sich aus

Bei Arbeit zum Mindestlohn fällt das Einkommen mehrere hundert Euro höher aus als mit Grundsicherung. Das zeigt eine Studie des WSI mit Zahlen zu allen Landkreisen und Städten.

Auch wer zum Mindestlohn arbeitet, hat ein deutlich höheres verfügbares Einkommen als vergleichbare Personen, die Grundsicherung beziehen. Das gilt überall in Deutschland und unabhängig von der Haushaltskonstellation. Im Durchschnitt liegt der Einkommensvorteil bei rund 623 Euro pro Monat für eine alleinstehende Person, die Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet. Der Abstand hat sich gegenüber dem Vorjahr im Schnitt leicht vergrößert, weil die Regelsätze der Grundsicherung 2026 nicht erhöht wurden, während der Mindestlohn gestiegen ist. Das ergibt eine Studie von Eric

Wo Mieten hoch sind, schrumpft der Lohnabstand

Der durchnittliche Einkommensvorteil für eine **alleinstehende Person mit Arbeit zum Mindestlohn** gegenüber Grundsicherung beträgt ...



Quelle: WSI 2026

Hans Böckler Stiftung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Seils und Helge Emmler vom WSI. Sie liefert auch detaillierte regionale Daten für alle 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte sowie für die Bundesländer.

Den Berechnungen der Forscher zufolge kommt eine alleinstehende Person, die 38,19 Stunden pro Woche zum Mindestlohn arbeitet – was der durchschnittlichen betriebsüblichen Vollzeit entspricht –, auf einen Bruttomonatslohn von 2300,31 Euro. Davon bleibt nach Abzug von Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträgen im bundesweiten Durchschnitt ein verfügbares Einkommen von rund 1653 Euro. Wenn dieselbe Person Grundsicherung bezieht, stehen ihr 563 Euro Regelsatz und im bundesweiten Durchschnitt 467,37 Euro für die anerkannten Kosten der Unterkunft zu, also in Summe rund 1030 Euro. Der Lohnabstand beträgt damit knapp 623 Euro. Auch wenn man davon noch den Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro abzieht, bleibt eine Differenz von rund 604 Euro.

Eine alleinerziehende Person mit einem fünfjährigen Kind hat bei Vollzeitbeschäftigung zum Mindestlohn im Bundesdurchschnitt etwa 757 Euro mehr zur Verfügung als mit Grundsicherung. Eine verheiratete Paarfamilie mit zwei Kindern im Alter von fünf und 14 Jahren, bei der ein Elternteil in Vollzeit zum Mindestlohn beschäftigt ist, hat einen Vorteil von rund 749 Euro. In Ostdeutschland inklusive Berlin ist der Lohnabstand etwas größer als im Westen. Bei einer alleinstehenden Person sind es im Osten durchschnittlich 664 Euro gegenüber 609 Euro im Westen.

Dass überall in Deutschland ein klarer Abstand zwischen Vollzeitbeschäftigung zum Mindestlohn und Grundsicherung besteht, ist auch eine Folge entsprechend gestalteter Sozialleistungen: Erstens gibt es mit Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und dem Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende Leistungen, die verhindern sollen, dass Beschäftigte überhaupt auf die Grundsicherung angewiesen sind. Zweitens stellen die Hinzuverdienstregelungen im Sozialgesetzbuch II sicher, dass auch Menschen, die Grundsicherung beziehen, bei Erwerbstätigkeit als „Aufstocker“ oder „Aufstockerinnen“ stets mehr Einkommen zur Verfügung haben als ohne eine Beschäftigung.

Sozialkürzungen sind der falsche Weg

„Der Streit um das Bürgergeld im vergangenen Jahr war ein eindrückliches Beispiel dafür, wie Sozialdebatten nicht geführt werden sollten: Vielfach wogen Vorurteile schwerer als Fakten“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. „Eine häufig gehörte Unterstellung war, dass es sich für Bürgergeldbeziehende nicht lohne, erwerbstätig zu sein. Die Zahlen unserer Studie zeigen erneut, dass Menschen in der Grundsicherung deutlich weniger Geld zur Verfügung haben als Erwerbstätige, die Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten.“

Am kleinsten ist der Abstand zwischen Mindestlohn und Grundsicherung in Orten mit sehr hohen Mieten. In der Stadt München beträgt er für eine alleinstehende Person beispielsweise 466 Euro, im Landkreis München sogar nur 406 Euro. Deutlich unterdurchschnittlich sind die Abstände auch in Frankfurt mit 515 Euro, in Hamburg mit 521 Euro, in Köln mit 523 Euro oder in Stuttgart mit 524 Euro.

„In Regionen, in denen der finanzielle Abstand zwischen Mindestlohnbeschäftigung und Grundsicherung geringer ist, liegt das an sehr hohen Mieten. Gegen hohe Mieten etwas zu tun, ist ein Feld, auf dem dringender politischer Handlungsbedarf besteht“, betont Kohlrausch. Das Gleiche gelte für eine wirksame Qualifizierung von erwerbsfähigen Menschen im Grundsicherungsbezug wie von Beschäftigten, deren Job absehbar bedroht ist. „Statt Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen und die in der Grundsicherung gegeneinander auszuspielen, ist es Zeit, soziale Infrastrukturen zu stärken.“ <

Quelle: Eric Seils, Helge Emmler: Lohnt sich Arbeit in Deutschland auch 2026 noch?
WSI Policy Brief Nr. 101, Oktober 2026 **Link zur Studie**



Was der Lohnabstand zeigt und warum Druck allein niemanden in Arbeit bringt:
www.boeckler.de/de/podcasts-22421.htm

Einkommenssteuer

Kaum Spielraum für Entlastungen

Die von der Bundesregierung geplante Reform der Einkommenssteuer gleicht die sogenannte „kalte Progression“ in den kommenden beiden Jahren nicht aus. So der Stand zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe am 13. November. Das heißt: Für Alleinstehende wie Familien nimmt die steuerliche Belastung bis 2028 auch dann zu, wenn das Einkommen nur so stark steigt wie das Preisniveau. Zudem macht die Bundesregierung keine Fortschritte dabei, die Lücke zwischen der Entlastung durch das Kindergeld und der steuerlichen Ersparnis durch den Kinderfreibetrag zu schließen. Zu diesem Ergebnis kommt Katja Rietzler vom IMK in einer Analyse, die sie anlässlich einer Sachverständigenanhörung im Finanzausschuss des Bundestags erstellt hat. Dennoch rät die Steuerexpertin von weitergehenden kurzfristigen Entlastungen bei der Einkommenssteuer ab. Diese würden Steuermindereinnahmen verursachen, für die angesichts der aktuellen Haushaltslage nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern und insbesondere bei den Kommunen schon jetzt keinerlei Spielräume bestehen. Die beschlossene Senkung der Körperschaftssteuer ab 2028 verschärfe die Lage zusätzlich.

„Die eher magere Entlastung illustriert die Schieflage der öffentlichen Finanzen“, sagt Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des IMK. „Da Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkommen in Deutschland über Jahrzehnte immer weiter entlastet worden sind, während die Anforderungen an den Staat gestiegen sind, fehlt jetzt das Geld, um die arbeitende Mitte zu entlasten.“

Weitere Mindereinnahmen insbesondere für Länder und Kommunen würden die mit dem „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ begonnene Stärkung der öffentlichen Investitionen zusätzlich behindern, warnt Rietzler. Angesichts der schwierigen aktuellen Lage der Kommunalhaushalte und der bereits absehbaren sinkenden Einnahmen durch die schrittweise Körperschaftssteuersenkung ab 2028 sei „ohnehin zu befürchten, dass ein Teil der für Investitionen vorgesehenen Mittel statt für zusätzliche Investitionen zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet wird“. <

Quelle: Katja Rietzler: Einkommensteuerreformgesetz 2027:
Kalte Progression bleibt. Sozialbeiträge relevanter für mittlere Einkommen,
IMK Policy Brief Nr. 228, November 2026 **Link zur Studie**

Status statt Sparbuch

Bei steigender Ungleichheit geben Normal- und Geringverdienende mehr Geld für Dinge aus, die den sozialen Status erhöhen. Darunter leidet ihre Sparquote.

Menschen vergleichen ihren eigenen Lebensstandard regelmäßig mit dem anderer. Wer den Eindruck hat, finanziell zurückzufallen, versucht häufig, durch höheren Konsum mitzuhalten – und gibt einen größeren Teil des Einkommens aus, etwa für ein neues Auto oder eine Urlaubsreise. Dass dieses Bedürfnis volkswirtschaftliche Auswirkungen hat, zeigt eine Studie, die die IMK-Forscher Jan Behringer und Lukas Endres gemeinsam mit Till van Treeck von der Universität Duisburg-Essen veröffentlicht haben. Insbesondere einkommensschwache Haushalte mit Wohneigentum steigern demnach ihren Konsum und sparen weniger, wenn die Kluft zur Oberschicht sich vergrößert.

Für ihre Untersuchung haben die Ökonomen Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus den Jahren 1998 bis 2018 ausgewertet, für die das Statistische Bundesamt alle fünf Jahre 40 000 bis 50 000 Haushalte befragen lässt. Zusätzlich haben sie Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels und einer eigenen Befragung mit über 1800 Teilnehmenden berücksichtigt.

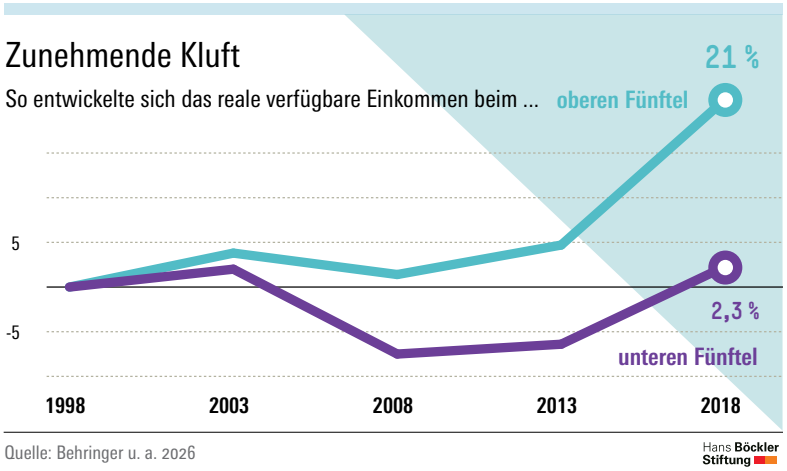
Die Einkommensungleichheit hat der Analyse zufolge in den frühen 2000er-Jahren kräftig zugenommen. Während die Realeinkommen beim unteren Fünftel zwischen 1998 und 2008 um 7,5 Prozent gesunken sind, haben sie beim oberen Fünftel um 1,4 Prozent zugelegt. Von 1998 bis 2018 ergibt sich beim unteren Fünftel ein Plus von 2,3 Prozent, beim oberen Fünftel von 21 Prozent.

Während dieses Zeitraums haben die Geringverdienenden ihren Konsum nicht proportional zum Einkommen reduziert, sondern stattdessen weniger gespart. Verantwortlich für diese Entwicklung waren in erster Linie Haushalte mit Wohneigentum, die immerhin 27 Prozent des unteren Fünftels ausmachen und deren ohnehin schon negative Sparquote von -6,5 auf -18,9 Prozent gefallen ist. Diese Haushalte haben also Ersparnisse aufgebraucht oder Schulden gemacht. Bei denjenigen, die zur Miete wohnen, ist die Quote dagegen nahezu stabil geblieben.

Als Erklärung verweisen die Forscher auf Statuswettbewerb: Wer beim Einkommen zurückfällt, wolle zumindest die relative Position beim Konsum halten und gebe anteilig mehr aus für Dinge, die sowohl für andere sichtbar als auch mit einem hohen sozialen Status verbunden sind. Den selbst erhobenen Befragungsdaten zufolge trifft das am besten auf Urlaubsreisen, Wohnen, Fahrzeuge sowie Mobiliar zu. Angespartes Vermögen dagegen ist für Außenstehende nicht beobachtbar.

Tatsächlich können die Wissenschaftler nachweisen, dass sich das Einkommen der Reichen – definiert als der Wert an der Grenze zum oberen Fünftel der Verteilung – auf den Konsum der Nicht-Reichen auswirkt, wenn man deren eigenes Einkommen konstant hält sowie Faktoren wie Geschlecht, Ausbildung oder Wohnort statistisch berücksichtigt. Die Konsumausgaben der Nicht-Reichen steigen im Verhältnis zum Einkommen im Schnitt um 0,11 Prozentpunkte, wenn das Einkommen der Reichen um 1 Prozent wächst. Dieser Effekt verdankt sich ausschließlich den Haushalten mit Wohneigentum, bei denjenigen mit Mietwohnung ist er nicht messbar. Am stärksten ist er bei Eigentümer-Haushalten im unteren Fünftel ausgeprägt.

Wenn man sich die Art der Konsumausgaben genauer anschaut, zeigt sich, dass als Reaktion auf die zunehmende Ungleichheit vor allem „statusrelevante“ Kategorien stärker nachgefragt werden. Haushalte, die zur Miete wohnen, finanzieren das, indem sie an anderer Stelle weniger konsumieren. Diejenigen mit Wohneigentum sparen weniger. Die Wirtschaftswissenschaftler führen das auf die besondere Rolle zurück, die das Eigenheim als Statussymbol spielt. Eigentümerinnen und Eigentümer seien bereit, besonders hohe Kosten in Kauf zu nehmen, da Wohneigentum nicht nur einen hohen Lebensstandard signalisiert, sondern auch Vermögen.



Quelle: Behringer u. a. 2026

Hans Böckler Stiftung

Die gemessenen Effekte seien gesamtwirtschaftlich durchaus relevant, heißt es in der Studie. Den Berechnungen zufolge wäre 2013 die Sparquote der Haushalte mit eigener Wohnung im unteren Fünftel der Einkommensverteilung 5,5 Prozentpunkte höher gewesen, wenn die Ungleichheit seit 1998 nicht zugenommen hätte. „Die Ergebnisse verweisen auf eine Kehrseite von Wohneigentum als Statussymbol: Gerade einkommensschwache Eigentümerhaushalte verwenden einen größeren Teil ihres Einkommens darauf, ihren Wohnstandard aufrechtzuerhalten, statt Rücklagen zu bilden. Für einen nachhaltigen Vermögensaufbau sind sie auf Wertsteigerungen ihrer Immobilie angewiesen. Bleiben die aus, hinkt ihr Vermögensaufbau hinter dem von vergleichbaren Mieterhaushalten zurück“, erklären die Autoren. <

Quelle: Jan Behringer, Lukas Endres, Till van Treeck: Income inequality, household consumption and status competition in Germany, European Economic Review, September 2026 **Link zur Studie**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Autonomie statt Führungsrolle

Wenn es nach der EZB geht, soll der Euro künftig eine wichtigere Rolle in der Welt spielen. Ob sie damit jedoch die Unabhängigkeit Europas stärkt, ist fraglich.

Die Europäische Zentralbank (EZB) möchte den Euro noch stärker als weltweite Reservewährung positionieren. Seit 2025 betont EZB-Präsidentin Christine Lagarde immer wieder, der Euro solle zu einer „wirklich globalen Währung" werden. Sie erhofft sich davon unter anderem niedrigere Zinsen. Regierungen und Unternehmen der Eurozone sollen sich so günstiger finanzieren können. Zudem könnten sich theoretisch die Anfälligkeit gegenüber Wechselkursschwankungen verringern und der geopolitische Einfluss erhöhen. Peter Bofinger, Seniorprofessor an der Universität Würzburg und Research Fellow des IMK, hält diese „Strategie" jedoch für nicht zielführend. In einer Analyse für das IMK schreibt der Ökonom: „Die Ziele der EZB sind unklar und ihre Mittel fragwürdig." Anstatt aus Prestigegründen eine globale Führungsrolle anzustreben, sollte sich die EZB darauf konzentrieren, eine von US-amerikanischen Dienstleistern unabhängige Zahlungsinfrastruktur zu schaffen. So ließe sich die Abhängigkeit von den USA tatsächlich verringern.

Unrealistische Erwartungen

Um die internationale Rolle des Euro zu stärken, treibt die EZB die sogenannte Spar- und Investitionsunion (SIU) voran. Die im März 2025 vorgestellte Initiative zielt darauf ab, die EU-Finanzmärkte zu vereinheitlichen, damit privates Kapital freier zirkulieren kann und bisher ungenutzte Gelder „freigesetzt" werden. Die EZB rechnet vor, dass Ersparnisse privater Haushalte von „mehr als 11,5 Billionen Euro" in Bankeinlagen geparkt sind und damit nicht für Investitionen genutzt werden. Anstatt ihr Erspartes auf dem Bankkonto zu belassen, sollen die Bürgerinnen und Bürger der EU in Wertpapiere investieren. Im besten Fall würde davon eine Sogwirkung ausgehen, die zusätzliches internationales Kapital anzieht und den Euro stärkt. Bofinger sieht das kritisch: „Der Beitrag der SIU wird maßlos überschätzt, das Konzept selbst ist fehlerhaft."

Damit eine Währung als Leitwährung in Frage kommt, benötigt sie einen sehr großen und risikofreien Anleihemarkt. Dann können globale Investoren und Zentralbanken sie als „sicheren Hafen" nutzen. Bisher gibt es in Europa nur nationale Anleihen, deren Gesamtvolumen für globale Investoren im Vergleich zum Markt für US-Staatsanleihen zu klein ist. Voraussetzung wäre also die Schaffung eines liquiden Pools öffentlicher Schulden der EU, etwa durch die Emission gemeinsamer Euro-Anleihen. Die politische Unterstützung dafür ist jedoch nach wie vor begrenzt, insbesondere in Deutschland. Euro-Bonds wären zwar sinnvoll, so Bofinger, aber nur schwer durchsetzbar.

Mehr Risiken als Vorteile

Selbst wenn es gelingen sollte, den Euro als echte Reservewährung zu etablieren, wäre der Nutzen aus Sicht des Wissenschaftlers zweifelhaft. Die Annahme, eine stärkere



globale Rolle des Euro würde die Zinssätze im Euroraum senken, sei nicht überzeugend. Auch den Vereinigten Staaten bringe die Vormachtstellung des US-Dollars längst nicht mehr die Vorteile, die ihr einst zugeschrieben wurden. Es gebe andere, viel effektivere Wege, um die Finanzierungsbedingungen für Staaten und Unternehmen zu verbessern. Die EZB könne etwa die Leitzinsen senken oder direkt Vermögenswerte ankaufen, wie sie es in den 2010er-Jahren getan hat.

Ein massiver Zustrom von Kapital internationaler Investoren wäre sogar nicht ungefährlich. Die globale Nachfrage nach Euro-Anlagen könnte den Wechselkurs in die Höhe treiben und die europäische Exportwirtschaft auf dem Weltmarkt schwächen. Um dieser Aufwertung entgegenzuwirken, müsste die EZB Euro in Dollar tauschen. Höchstwahrscheinlich würde sie dazu US-Staatsanleihen erwerben. Damit würde sie genau auf den Anlagen sitzen, die private Anleger abgestoßen haben. Paradoxerweise wäre die EZB somit der Verlierer im „Spiel um die heiße Kartoffel", so Bofinger.

Ein unabhängiges Zahlungssystem

Der Ökonom ist der Ansicht, dass die EZB ihre Strategie überdenken und das groß angelegte Ziel eines „wirklich globalen" Euro durch „einen bescheideneren und präziseren Ansatz" ersetzen sollte. Geopolitische Unabhängigkeit ließe sich viel eher erreichen, wenn europäische Zahlungssysteme vor ausländischer Einmischung geschützt wären. Der digitale Euro könnte eine Alternative für den Massenzahlungsverkehr im Alltag bieten, etwa im Supermarkt oder beim Online-Shopping. In seiner derzeitigen Ausgestaltung ist er jedoch auf den Euroraum beschränkt. Bei internationalen Transaktionen in Fremdwährungen oder im Handel mit Drittstaaten bleibt die Abhängigkeit von ausländischen Anbietern bestehen. Laut Bofinger sollte die EZB den digitalen Euro für andere Währungen und Rechtsräume öffnen. Zudem sollte sie ihre ablehnende Haltung gegenüber sogenannten Stablecoins überdenken. Dabei handelt es sich um ein digitales Zahlungsmittel, das im Gegensatz zu Kryptowährungen wie Bitcoin an eine staatliche Währung wie den Euro gebunden ist. <

Quelle: Peter Bofinger: A truly global role for the Euro? Currency competition, the elusive benefits of dominance, and what the ECB and the EU can realistically do, IMK Study Nr. 106, November 2026

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Vertretungsberechtigte Person: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin

Inhaltlich verantwortlich: Rainer Jung, Direktor Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-0

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei **www.boecklerimpuls.de**

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

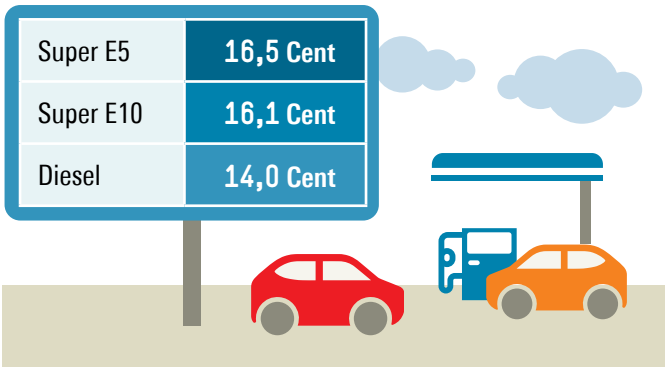
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

ENERGIE

Tankrabatt kommt größtenteils an

Von der Steuersenkung von 17 Cent wurden im Schnitt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben* bei …

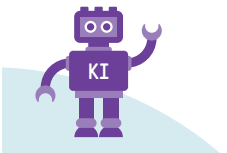


*zwischen dem 21. und 27. Oktober

Quelle: Ifo, Oktober 2026 **Link zur Studie**

ARBEITSMARKT

Kein Kahlschlag durch KI



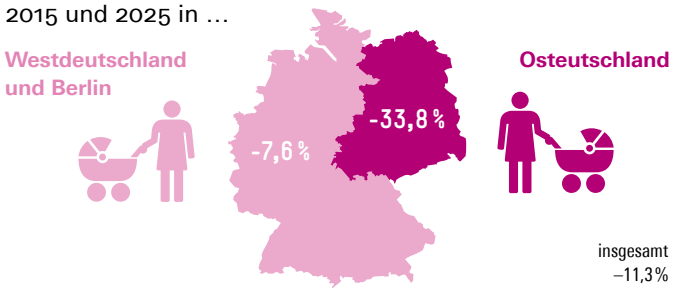
Die Beschäftigung ist seit 2022 in Berufen, in denen KI eine große Rolle spielt, stärker gewachsen als in Berufen mit geringerem KI-Anteil. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Das Plus fiel in KI-betroffenen Berufen bei den 30- bis 39-Jährigen um fast sechs Prozentpunkte und bei den 40- bis 64-Jährigen um rund fünf Prozentpunkte höher aus. Bei jungen Beschäftigten ist der Effekt zwar leicht negativ. Zur sinkenden Beschäftigung in dieser Altersgruppe habe aber vor allem die Wirtschaftsschwäche der vergangenen Jahre beigetragen, während KI nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben dürfte, erklärt das IAB. <

Quelle: IAB, Oktober 2026 **Link zur Studie**

GEBURTEN

Einbruch im Osten

So entwickelte sich die Zahl der Geburten zwischen 2015 und 2025 in …

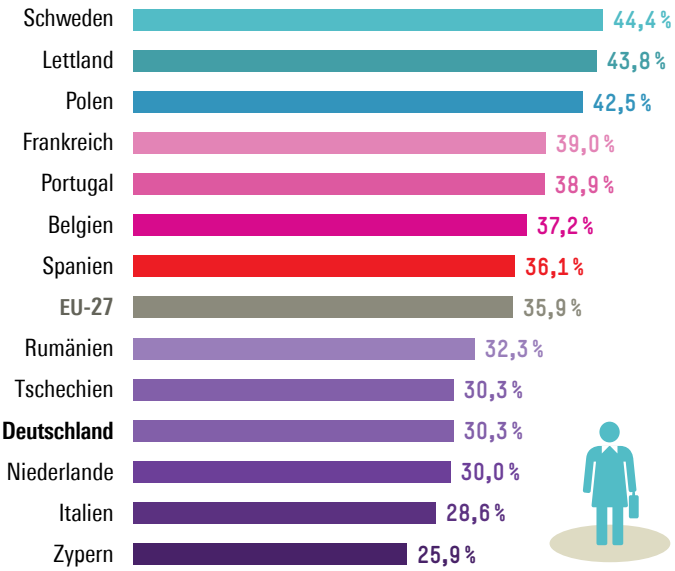


Quelle: IW, Oktober 2026 **Link zur Studie**

CHEFINNEN

Deutschland hinkt hinterher

Weiblich waren 2025 von den Führungskräften in …



Quelle: Destatis, Oktober 2026 **Link zur Studie**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis